



Claudia Kaufmann vor dem ehemaligen Jugendheim St. Martin in Schwaz. Was sie hier erleiden musste, lässt sich nur schwer in Worte fassen

HEIMERZIEHUNG

Dimension nicht begriffen

Weil Heimkinder seinerzeit für geleistete Zwangsarbeit kein Geld verdient haben und auch nicht sozialversichert waren, ruft Landesrat Gerhard Reheis jetzt eilig eine Task Force ins Leben. Dabei ist Reheis bereits seit knapp zwei Jahren darüber informiert.

Der Bericht in der letzten Ausgabe von ECHO hat wie erwartet große Wellen geschlagen. Berichtet wurde von der heute 69-jährigen Heike K., die als junges Mädchen im Erziehungsheim St. Martin in Schwaz untergebracht war und dort unsägliches Leid erfahren hat. Ein Schicksal, das sie mit hunderten, ja tausenden anderen Heimkindern geteilt hat. Und trotzdem ist der Fall Heike K. etwas ganz Besonderes. Als erstes Heimopfer in Österreich ist die heute in Deutschland lebende Frau nach dem Verbrechenopfergesetz (VOG) entschädigt worden und bezieht bereits eine Rente, mit der sie ein Leben abseits von Armut führen kann.

Wobei es sich im Fall Heike K. nicht um eine Rente im herkömmlichen Sinn handelt, sondern um eine Ersatzleistung infolge Verdienstentgangs. Das Bundessozialamt hat in

seinem Bescheid festgehalten, dass die Straftaten, die Heike K. seit ihrem 12. Lebensjahr erdulden musste, ihre Erwerbsfähigkeit gemindert haben. Durch schwerste körperliche Arbeiten in St. Martin hat Heike K. schon als junges Mädchen einen ersten Bandscheibenvorfall erlitten, eine Schädigung, die sie ihr ganzes Leben begleitet hat. Darüber hinaus ist Heike K. in St. Martin vielfach sexuelle Gewalt angetan worden, woraus einige Jahre später ein Selbstmordversuch resultierte, der Heike K. endgültig erwerbsunfähig gemacht hat.

Diese gesundheitlichen Schädigungen bewertete das Bundessozialamt als verbrechenkausal und stufte den Verdienstentgang von Heike K. so ein, als hätte sie als Verwaltungsbedienstete 43 Jahre, elf Monate und 24 Tage lang gearbeitet und damit den gesetzlichen Pensionsantritt erreicht.

In den zahlreichen Internet-Foren, in welchen sich die Betroffenen der Heimerziehung längst vernetzt haben, wurde der ECHO-Beitrag ebenfalls heftig diskutiert und Christian Sailer, der deutsche Anwalt von Heike K., der den Bescheid des Bundessozialamts erstritten hat, kann sich vor Anfragen ehemaliger Heimkinder kaum mehr wehren. Am Telefon meint der 76-jährige Sailer: „Meinen Ruhestand kann ich jetzt wohl vergessen. Es haben sich durch Ihren Bericht viele Betroffene bei mir gemeldet, davon sehr viele auch aus Österreich. Bei einigen habe ich mich schon entschieden, dass ich sie juristisch begleiten und vor Gericht vertreten werde.“

Es ehrt Christian Sailer ganz besonders, dass er nicht weiter darüber reden will, dass er für seine Tätigkeit von den Betroffenen kein Geld fordert. Erst auf Nachfrage lässt er

sich entlocken, dass er in seiner Zeit als Münchener Anwalt gut verdient habe und Geld nicht alles sei.

Claudia Kaufmann war als Mädchen ebenfalls in St. Martin untergebracht. Vorher ist sie im Kinderheim in Scharnitz, wie sie heute sagt, „durch die Hölle auf Erden gegangen“. Kaufmann ist zwar bereits von Land und katholischer Kirche „entschädigt“ worden. Doch das Wort „entschädigt“ steht in diesem Zusammenhang nicht zufällig in Anführungszeichen. Weder vom Land noch von der Klasnic-Kommission ist Kaufmann die höchstmögliche Entschädigung zugesprochen worden. Ein Umstand, der sie empört: „Vielfache Vergewaltigung durch kirchliche Würdenträger und Nonnen ist der Klasnic-Kommission offenbar nichts wert. Ich meine, was hätte ich denn noch alles durchmachen müssen?“

Jetzt reicht es Kaufmann und über Anwalt Sailer hat sie einen Antrag eingereicht und zwar auf Ersatzleistung für Verdienstentgang nach dem Verbrechenopfergesetz. Darin listet Sailer auf, was seiner Klientin als Kind und Jugendlicher widerfahren ist. ECHO liegt dieses Schriftstück vor, daraus auch nur einzelne Passagen zu zitieren, kann einer breiteren Leserschaft schlicht und einfach nicht zugemutet werden.

Walter Guggenberger, Leiter der Tiroler Geschäftsstelle des Bundessozialamts, kennt mittlerweile einige Schicksale von ehemaligen Heimkindern. Im ECHO-Interview (siehe nächste Seite) sagt er: „Was den Kindern in unseren Heimen und in den Heimen der Kirche angetan wurde, ist ja unfassbar. Das ist fern jeder Vorstellungskraft. Dass das den Kindern in der Obhut des Landes beziehungsweise in der Obhut der Kirche oder der Gemeinden passiert ist, erschüttert jeden.“

Seit dem ECHO-Bericht über die Entschädigung von Heike K. nach dem Verbrechenopfergesetz sieht sich das Bundessozialamt mit einem regelrechten Ansturm von ehemaligen Heimkindern konfrontiert. Natürlich werden nicht alle eine Entschädigung nach dem Verbrechenopfergesetz zugesprochen bekommen, zu unterschiedlich sind die jeweiligen Biografien der Betroffenen. Trotzdem sollte niemand den Weg zum Bundessozialamt scheuen, denn Walter Guggenberger stellt ganz klar fest: „Die öffentliche Hand hat allen Grund dazu, unbürokratisch und angemessen Entschädigung zu leisten. Eine

Einmalzahlung, wie es das Land und auch die Kirche gemacht haben, kann ohnehin nur eine symbolische Entschuldigung darstellen.“

Trotzdem glaubt man im Land und da vor allem im Büro von SPÖ-Soziallandesrat Gerhard Reheis, dass mit Einmalzahlungen an die Opfer alles getan sei. Am Beispiel von Heike K. zeigt sich diese Einstellung ganz deutlich: Vom Land Tirol ist die Frau mit ganzen 15.000 Euro entschädigt worden. 15.000 Euro



Christian Deflorian fordert LH Platters Versprechen ein (o.), LR Gerhard Reheis gründet laufend neue Kommissionen

für serienweise erfolgte Vergewaltigungen, für schwerste körperliche Misshandlungen mit lebenslangen Schädigungen, für Zwangsarbeit und unzählige Demütigungen.

Noch einmal: Das Bundessozialamt, das sämtliche Gutachten der Heike K. genau geprüft hat, ist letztlich zum Schluss gekommen, dass die Frau wegen der erlittenen Qualen in St. Martin nicht in der Lage war, in ein normales Leben zu finden. Die Kommission des Landes Tirol hingegen, der ebenfalls sämtliche Gutachten vorgelegt sind, ist der Meinung, 15.000 Euro müssen genügen und haben das Frau Heike K. auch so mitgeteilt.

Darüber hinaus beruft man sich im Büro Reheis auf die von Heike K. unterzeichnete Verzichtserklärung, in welcher sie die 15.000 Euro als „Pauschalabgeltung“ annimmt. Dabei weiß man auch im Land, dass eine

derartige Verzichtserklärung mit höchster Wahrscheinlichkeit sittenwidrig ist, weil damit die finanzielle Notlage der Betroffenen ausgenutzt wird. Es ist bezeichnend, dass Gerhard Reheis eine dementsprechende Frage im ECHO-Interview unbeantwortet lässt.

Dabei sollte sich die Tiroler SPÖ um einen möglichst verantwortungsvollen Umgang mit den Opfern der Tiroler Heimerziehung bemühen, ist doch die Solidarität mit den Schwächsten unserer Gesellschaft eines der sozialdemokratischen Kernthemen. Was in der Diskussion oft vergessen wird: Seit dem Jahr 1945 ist es die SPÖ, die in Tirol ohne Unterbrechung für die Belange der Jugendwohlfahrt und damit auch für die Heimerziehung politisch verantwortlich ist. Alles, was den Kindern in den Heimen angetan worden ist, geschah unter den Augen der dafür verantwortlichen Sozialdemokraten. Es ist die SPÖ Tirol, die sich heute fragen lassen muss, wo denn über all die Jahrzehnte die Kontrolle in den Heimen geblieben ist. Es ist die SPÖ Tirol, die jene Presseberichte ignoriert hat, die schon vor dreißig und mehr Jahren an die Öffentlichkeit geraten sind und über die unsäglichen Zustände in den Heimen berichtet haben. Und es ist die SPÖ Tirol, die sich auch heute noch viel zu wenig mit der Dimension der Verbrechen in den Heimen und deren dramatischen Folgen für die Betroffenen auseinandersetzt und stattdessen den Opfern lieber zweifelhafte Briefe schreibt.

Eiertanz um Entschädigungen.

Seit März 2010 berichtet ECHO über das dunkle Kapitel der Tiroler Heimerziehung und hat bisher rund zwanzig Artikel darüber verfasst. Die politisch Verantwortlichen haben darauf vorerst einmal überhaupt nicht und dann, mit einiger Verspätung und unter ständig zunehmendem öffentlichem Druck, halbherzig reagiert. Als Erstes wurde eine Opferschutzkommission eingerichtet, die unter anderem mit dem Historiker Horst Schreiber, dem Rechtsexperten Heinz Barta, der Grande Dame der Tiroler Sozialarbeit, Waltraud Kreidl, und dem Vorstand der Gruppe Gesundheit und Soziales, Dietmar Schennach, besetzt war. Diese erste Kommission hat in ihrem vielbeachteten Endbericht Punkt für Punkt aufgelistet, wie das Land mit den Betroffenen der Heimerziehung umgehen soll und gibt weiters Empfehlungen hinsichtlich



„Das ist ja alles unfassbar“

Walter Guggenberger vom Tiroler Bundessozialamt zeigt sich tief erschüttert über die Schicksale ehemaliger Heimkinder.

ECHO: Haben sich seit dem ECHO-Bericht über den Fall Heike K. weitere Opfer der Heimerziehung gemeldet?

Walter Guggenberger: Wir haben praktisch jeden Tag neue Anfragen. Mittlerweile sind es über zwanzig. Wir gehen aber davon aus, dass es noch mehr werden. Wobei es dabei nicht nur um die Frage nach Entschädigung für Verdienstentgang nach dem Verbrechenopfergesetz geht, sondern auch um Anträge auf Psychotherapie.

ECHO: Die Betroffenen müssen natürlich ihr Schicksal und die daraus resultierenden Schädigungen auch belegen können. Wie kann das gelingen?

Guggenberger: Alle bisherigen Antragsteller waren vorher bereits bei der Opferschutzkommission und verfügen dementsprechend bereits über Unterlagen. Diese sind zu uns mitzubringen, ansonsten nehmen wir von uns aus die Ermittlungen auf. Und natürlich haben wir dann unsere eigenen ärztlichen Sachverständigen, die zur Plausibilität der Angaben Stellung nehmen.

ECHO: Haben Sie sich bereits die einzelnen Biografien der Betroffenen angeschaut und was sagen Sie dazu?

Guggenberger: Ich habe mir die Lebensgeschichten natürlich angeschaut und ich bin erschüttert und fassungslos, was den Heimkindern in der Obhut staatlicher oder kirchlicher Stellen angetan worden ist. Das übersteigt jede Vorstellungskraft,

das sind unfassbare Schilderungen und da kann man sich wirklich nur noch mit Grauen abwenden. Die öffentliche Hand hat meiner Meinung nach allen Grund dazu, den Opfern unbürokratisch und angemessen Entschädigung zu leisten.

ECHO: Warum haben eigentlich Journalisten darauf aufmerksam machen müssen, dass ehemalige Heimkinder eine Entschädigung nach dem Verbrechenopfergesetz beantragen könnten?

Guggenberger: Für uns ist das alles völlig neu. Wir vom Bundessozialamt haben uns darauf konzentriert, die Kosten von Psychotherapien zu übernehmen, falls das Land oder die Kirche diese den Opfern nicht mehr bezahlt. Wir wären wirklich nicht auf die Idee gekommen, dass es das Verbrechenopfergesetz ermöglicht, dass die Betroffenen einen Verdienstentgang geltend machen können.

ECHO: Und wie bewerten Sie das jetzt?

Guggenberger: Das Ganze ist für mich überraschend gekommen, nicht nur für mich, sondern für alle von uns. Ich sehe im Ersatz für Verdienstentgang eine wirkliche Möglichkeit, den Opfern nachhaltig zu helfen. Was wir aber sicher nicht gewusst haben, ist die Dimension der Verbrechen. Dass so viel menschliche Niedertracht überhaupt möglich ist, kann sich eigentlich niemand richtig vorstellen.

Interview: Gernot Zimmermann

historischer Aufarbeitung und zukünftiger Prävention. Zudem wurde als „finanzielle Ge-ste“ für die Opfer ein Rahmen von 15.000 bis 25.000 Euro abgesteckt. Zusatz: im Einzelfall auch darüber hinaus.

Das Land bedankte sich bei der Präsentation bei den Mitgliedern der Kommission für ihre wertvolle Arbeit und löste die Gruppe umgehend auf, ohne Schreiber, Barta und Co näher darüber zu informieren. Ausschlaggebender Grund dafür war, dass sich Reheis und Landeshauptmann Günther Platter darüber verständigt hatten, dass sich Tirol lieber am „Entschädigungsmodell“ der Klasnic-Kommission orientieren werde. Das sieht bei den „Entschädigungen“ einen finanziellen Rahmen von 5000 bis 15.000 Euro vor. Allein schon dadurch hat sich also eine ganze Menge Geld sparen lassen.

Zeitgleich wurde eine neue Kommission gegründet, unter anderem mit dem Leiter des Psychiatrischen Krankenhauses Hall, Christian Haring, welche die Höhe der „Entschädigungszahlungen“ festlegte. Für zahlreiche Betroffene war das eine völlig unverständliche Maßnahme, zumal sie in den Historiker Schreiber und in den Juristen Barta größtes Vertrauen haben, mit Psychiatern hingegen meist nur schlechte Erfahrungen verbinden.

Dieses Misstrauen scheint nicht ganz ungerechtfertigt zu sein, denn bei den „Entschädigungen“ ist es zu einem regelrechten Eiertanz um jeden Euro gegangen. Einer der Betroffenen hat das ECHO gegenüber so auf den Punkt gebracht: „Sie geben jedem vorerst einmal 5000 Euro. Wenn du dich darüber beschwerst, kriegst du das Doppelte. Und wenn du es mit deiner Geschichte in die Presse schaffst und Aufmerksamkeit kriegst, dann ist auch das Dreifache und sogar noch mehr drin.“ Zynische Fantasien eines Enttäuschten?

Vor einigen Wochen konfrontierte ECHO Christian Haring mit dem Vorwurf, er hätte Antragsteller auf „Entschädigung“ abgelehnt, ohne mit den Betroffenen je gesprochen zu haben. Harings Erklärung: „Sie mögen bitte verstehen, dass es der Kommission schwer gefallen wäre, mit zirka dreihundert Betroffenen zu sprechen, denn so viele Fälle haben wir bisher behandelt.“

Wie sich ein Betroffener angesichts derartiger Aussagen fühlt, schildert Christian De-florian. Er ist als Jugendlicher im Innsbrucker Privatheim „Pflegerest“ jahrelang vom Heimbetreiber vergewaltigt worden und hat – wie auch mehrere andere Opfer des Pflegerests – bislang keinerlei Entschädigung dafür erhalten. Und das, obwohl Landeshauptmann

Sehr geehrter Herr Landesrat, lieber Gerhard!

Zu Deinem Schreiben vom 10.11.2010 betreffend die fehlenden Pensionsversicherungszeiten für die Zeit der Beschäftigung während des Heimaufenthaltes von Fürsorgezöglingen möchte ich wie folgt Stellung nehmen:

Richtig ist, dass bis in die 1990iger Jahre die in den Heimen als Lehrlinge und Arbeiter beschäftigten Zöglinge nicht zur Sozialversicherung gemeldet waren, weil strittig war, ob die Arbeit in den Heimen der Pflichtversicherung unterliegt.

Schon im Dezember 2010 schrieb Minister Hundstorfer an LR Reheis über die Nicht-Versicherung

Platter am Hohen Frauentag 2011 in seiner Rede versprochen hatte, dass auch die Opfer privater Heime Anträge auf Entschädigung stellen dürfen und er sich höchstpersönlich dafür einsetzen werde, dass niemand ungleich behandelt werde. Leere Worte, wie sich herausgestellt hat, denn ohne Angabe von Gründen wurde Deflorians Antrag abgelehnt.

Beim diesjährigen Hohen Frauentag hat Christian Deflorian den Landeshauptmann mit einem Plakat an das gebrochene Versprechen erinnert. Aber Platter hatte nicht den Mut, zumindest einige Worte mit ihm zu wechseln. Dafür ist Platter die Ehrenformationen im absoluten Höchsttempo abgelaufen, damit es nur ja nicht zu einem Bild kommt, das ihn gemeinsam mit dem demonstrierenden Verbrechensopfer zeigt.

Inzwischen hat auch Deflorian einen Antrag auf Entschädigung durch das Bundessozialamt eingereicht, auch er wird von Anwalt Christian Sailer vertreten. Darüber hinaus wird noch geprüft, ob er auch eine Amtshaftungsklage gegen das Land einreichen wird, wegen Verletzung der Aufsichtspflicht.

Seit wenigen Tagen gibt es erneut eine Kommission, wieder ins Leben gerufen von Gerhard Reheis. Schon die Tatsache, dass diese Kommission martialisch „Task Force“ genannt wird, zeigt, dass plötzlich wirklich Feuer am Dach ist. Und diesmal sind die Hauptbetroffenen gar nicht die Heimkinder selber.

Die Image-Katastrophe. Bereits vor über zwölf Jahren hat ECHO das Thema „Zwangsarbeit in namhaften Tiroler Unternehmen“ zur Titelgeschichte gemacht. Was damals noch nicht bekannt war: ab Mitte der 1950er Jahre bis hinein in die frühen 1980er Jahre sind unzählige Heimkinder in die unterschiedlichsten Tiroler Unternehmen zur Arbeit geschickt worden. Betroffen waren vor allem die Erziehungsheime für schulentlassene Mädchen und Knaben, also etwa St.

Martin und Kleinvolderberg. Wie die vorliegenden Akten belegen, hat diese zwangsverpflichtete Arbeit systematisch stattgefunden und sie wird heute noch als Vorbereitung der Jugendlichen auf den Arbeitsalltag dargestellt. So steht es zumindest in einer Aussendung der Landesregierung vom 23. August dieses Jahres. Damit steht aber auch fest, für welche Bereiche des „Arbeitsalltags“ die in den Heimen untergebrachten Jugendlichen vorgesehen waren: primitive Hilfsarbeiten erledigen,

Die Reaktion der Unternehmen

- Swarovski hat umgehend eine Historikerkommission beauftragt, um die Vorwürfe unbezahlter Zwangsarbeit zu untersuchen.
- EGLO konnte Lohnzahlungen an die Heimleitung in St. Martin belegen und sieht das als Beweis, nichts falsch gemacht zu haben.
- Darbo zeigte sich großzügig und wird den damaligen Hilfsarbeiterinnen aus St. Martin den ihnen vorenthaltenen Lohn noch einmal zahlen. Wie Martin Darbo ankündigte, wird man versuchen, sich dieses Geld von den damals Verantwortlichen zurückzuholen.
- Geiger Moden (heute Geiger fashion) zeigt sich an Aufklärung desinteressiert und ist zu Gesprächen nicht bereit.
- Das Österreichische Bundesheer, das über Jahre hinweg in St. Martin waschen und bügeln ließ, hat eine eigene Hotline eingerichtet. Wie mit den Vorwürfen letztlich umgegangen wird, steht aber noch nicht fest.
- Zahlreiche weitere Unternehmen gibt es mittlerweile nicht mehr. Hier soll die eben neu gegründete „Task Force“ Licht ins Dunkel bringen.

monotone Fließbandarbeit ausführen sowie putzen, bügeln, Wäsche waschen. Wie alle damals betroffenen Heimkinder heute übereinstimmend aussagen, haben sie für die damalige Arbeit kein Geld erhalten und wären auch nicht sozialversichert gewesen, was sich natürlich heute negativ auf die Versicherungszeiten auswirkt.

Und weil die Opfer heute endlich eine Öffentlichkeit haben, waren auch schnell die Namen jener Firmen bekannt, die sich seinerzeit in Kooperation mit der jeweiligen Heimleitung billigste Arbeitskräfte besorgt hatten: Swarovski, Darbo, EGLO-Leuchten, das österreichische Bundesheer, Geiger Moden oder das Krankenhaus Schwaz, um nur einige davon zu nennen. Das hat die internationale Medienwelt natürlich fasziniert und man konnte die Berichte über die zwangsarbeitenden und dafür nicht entlohnten Heimkinder in über dreißig verschiedenen in- und ausländischen Medien nachlesen.

Und weil die genannten Unternehmen – offenbar im Gegensatz zur Tiroler Politik – einen Ruf zu verlieren haben, war rasches Handeln angesagt: Swarovski wird eine Historikerkommission beauftragen, das Kapitel mit den zwangsverpflichteten Heimkindern aufzuarbeiten. Das Bundesheer hat eigens eine Hotline eingerichtet, auch weil Vergewaltigungsvorwürfe im Raum stehen. Und auch die anderen Unternehmen reagierten prompt: EGLO-Gründer Ludwig Obwieser verbrachte nach den ersten Pressemeldungen tagelang im Archiv, um die Angaben von ehemaligen Heimkindern zu überprüfen. Tatsächlich konnte er Überweisungsbelege seines Unternehmens an die Heimleitung St. Martin ausheben. Deutlich ist darauf der Name Claudia Kaufmann, der Betrag und das Datum erkennbar (siehe Faksimile). Dass Obwieser diese Belege heute als Beweis dafür ansieht, man habe seinerzeit völlig korrekt gehandelt, stößt nicht nur Claudia Kaufmann sauer auf. Historiker Horst Schreiber meint dazu: „Also bitte, das ist schon auch scheinheilig. Klar



ECHO berichtet seit Jahren über Zwangsarbeit und Heim-Terror

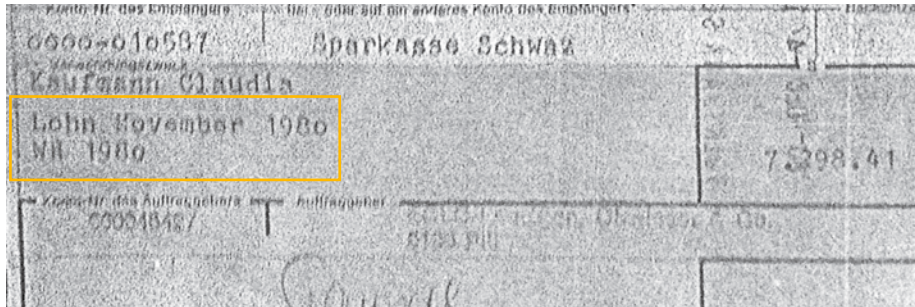
Beitragsgrundlagen ab 1972

Beitragspflichtiges Einkommen/Sonderzahlungen pro Jahr und Versicherungsverhältnis bzw. jährliche Beitragsgrundlagen zur Weiterversicherung.

Jahr	allgemein	Sonderz.	Dienstgeber, meldende Stelle	Nr. *)
1982	49.772,00	4.782,00	ATS Orgler Heinz	01
	4.659,00	keine	ATS Engelbert Fritz	03
1983	81.410,00	11.806,00	ATS Milford Tee Austria Gesellschaft m.b.H.	04
	25.166,00	2.917,00	ATS Engelbert Fritz	03
1984	8.289,00	keine	ATS Milford Tee Austria Gesellschaft m.b.H.	04
1986	36.160,00	keine	ATS Freudenschuss Heinrich	06
	6.348,00	keine	ATS Giesswein Freizeitschuh	05



Therapeutin Ulrike Paul: „Alle meine Klienten hätten die höchste Entschädigung verdient“



Erster Lohn 1980, angemeldet erstmals 1982: Claudia Kaufmann war, als sie während ihrer Heimzeit bei EGLO-Leuchten arbeitete, nicht sozialversichert

wurde der Lohn bezahlt. Aber diese Firmen haben sich die Burschen und Mädchen aus den Heimen ganz bewusst ausgesucht, weil sie keine Sozialversicherung zahlen wollten.“

Tatsächlich zeigt der Versicherungszeitennachweis von Claudia Kaufmann, die während ihrer Zeit in St. Martin 1980 bei EGLO-Leuchten arbeitete (siehe Faksimile Lohn November 1980), dass sie in ihr erstes versichertes Arbeitsverhältnis erst zwei Jahre später eingetreten ist (siehe Faksimile Beitragsgrundlagen).

Ein weiteres Unternehmen, das sich an den billigen Arbeitskräften aus St. Martin bedient hat, ist Geiger Moden in Schwaz, heute etwas cooler „Geiger fashion“ genannt. Firmenchef Hansjörg Geiger zeigt sich auf ECHO-Anfrage ebenfalls „cool“: „Das interessiert mich alles nicht, was wollen Sie denn überhaupt? Das ist ja ewig her und ich muss Belege nur sieben Jahre aufbewahren. Auf Wiedersehen.“ Ob er sich da nicht besser mit jemandem aus seiner Marketingabteilung abgesprochen hätte?

Am Erstaunlichsten ist jedenfalls die Reaktion des Marmeladen- und Fruchtsafterzeugers Darbo. Martin Darbo zeigte sich über die Vorwürfe tief erschüttert und hat sofort die Initiative übernommen. Er nahm, gemeinsam mit seinem Bruder, mit den damaligen als Hilfsarbeiterinnen beschäftigten Heimbewohnerinnen Kontakt auf und hat sofort persönliche Gespräche mit ihnen geführt. Christine J. wurde von den Brüdern Darbo

sogar zu Hause besucht: „Zwei so nette Burschen. Sie haben sich entschuldigt. Ich hab‘ gesagt, warum denn? Ich war ja total gerne bei euch unten. Klar hab ich kein Geld dafür bekommen, aber da könnt’s ja ihr nichts dafür.“ Trotzdem hat Darbo beschlossen, den ehemaligen Heimkindern ihren damals vorenthaltenen Lohn ein zweites Mal auszubezahlen – nach heutigem Lohnniveau, versteht sich.

Landesrat Reheis reagierte auf die drohende Image-Katastrophe der Unternehmen vorerst so, wie er es in der ganzen „Causa Heimerziehung“ immer getan hat: Er zeigte sich wieder einmal tief erschüttert, setzte besagte „Task-Force“ ein und mimte ansonsten den Unwissenden. Dabei konnte jeder, der wollte, bereits im Herbst 2010 in Horst Schreibers Buch „Im Namen der Ordnung“ nachlesen, dass es Zwangsarbeit von Heimkindern bei Swarovski gegeben hat. Und schon seit zwei Jahren weiß Reheis ganz genau, dass die Mädchen damals trotz Berufstätigkeit nicht versichert gewesen sind. Das beweist ein Schreiben von Sozialminister Rudolf Hundstorfer vom Dezember 2010 (siehe Faksimile, Seite 57), in welchem es um die nicht sozialversicherten Heimkinder geht. In dem Brief wird geraten, das Land möge die Ex-Zöglinge beim Nachkauf von Versicherungszeiten unterstützen. Unschwer zu erraten, dass im Büro Reheis niemand auf die Idee gekommen ist, die um ihre Versicherungszeiten betrogenen Zwangsarbeits-

verpflichteten über diese Möglichkeit zu informieren. Dazu passt auch, dass es Journalisten waren, die den Opfern den Weg zum Bundessozialamt aufzeigten, damit sie dort nach dem Verbrechenopfergesetz einen Verdienstentgang beantragen könnten.

Und diesen Weg werden viele gehen. Ulrike Paul ist Psychotherapeutin in Innsbruck und betreut seit Jahren Opfer der Heimerziehung. Sie kennt die wahre Dimension des Verbrechens: „Mir ist kein einziger Geschädigter der Heimerziehung bekannt, dem es nach der Entlassung gelungen wäre, in ein einigermaßen stabiles, geregeltes und erfülltes Leben zu finden. Bei allen Betroffenen, die die von mir geleitete Gruppe bislang besucht haben, insgesamt sind es annähernd 30 Personen, liegt eine Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit vor, die sich meines Erachtens auf die in den Heimen erlebte Gewalt zurückführen lässt. Keinem dieser Betroffenen war es möglich, in eine reguläre Pension einzutreten.“

Den gestaffelten Entschädigungsleistungen steht Ulrike Paul äußerst skeptisch gegenüber: „Die Erfahrung, dass die erlittenen Qualen keine ausreichende Anerkennung erfahren, hat bisweilen sogar eine retraumatisierende Wirkung auf die Opfer. Ich sage ganz deutlich: Alle meine Klienten und Klientinnen hätten die höchste Entschädigung verdient.“

In wenigen Tagen wird Gerhard Reheis Parteivorsitzender der Tiroler SPÖ. Seinen eigenen Aussagen nach repräsentiert er das soziale Gewissen Tirols. Gerade die seit Jahren laufende Debatte über gerechte Entschädigung der Heimopfer wäre die ideale Gelegenheit für Reheis gewesen, dieses soziale Gewissen auch deutlich zu zeigen. Doch stattdessen agiert Reheis so, dass sein Handeln bedauerlicherweise nur einen Schluss zulässt: Er hat die Dimension des Verbrechens, das im Rahmen der Tiroler Heimerziehung an tausenden Kindern begangen worden ist, immer noch nicht begriffen. Gernot Zimmermann